



## Schlussphase der Ära Bush: Handlungsfähiger Präsident oder „Lame Duck“?

von Patrick Keller (ext.)

Die Kongresswahlen im November 2006 endeten mit einer herben Niederlage für die Republikanische Partei, die in beiden Kammern die Mehrheit verlor. Im Repräsentantenhaus gewannen die Demokraten 30 Sitze hinzu (231:199), im Senat sechs (51:49). Das Ergebnis ist ein Rückschlag für Präsident Bush, denn angesichts einer seit Jahren florierenden Wirtschaft und geringen Arbeitslosenzahlen ist die Unzufriedenheit mit seiner Irakpolitik – neben den Korruptions- und Sexskandalen der Republikanischen Führung des Kongresses – die wichtigste Ursache des Machtwechsels.

Bush ist geschwächt, weil er nun erstmals mit einem oppositionellen Kongress regieren muss. Zudem schwinden Bushs Machtressourcen: Ihm bleiben nur noch zwei Jahre im Amt; die Verfassung schließt eine dritte Amtszeit aus. Das bedeutet, dass er kaum noch wirksame politische Drohungen aussprechen und auch keine „Pfründe“ mehr zu vergeben hat – die Machtstrukturen verschieben sich, die Politik richtet sich auf denkbare Nachfolger aus. Die Amerikaner nennen einen solchen Präsidenten auf Abruf „lame duck“, lahme Ente, wobei der Begriff ursprünglich nur den Präsidenten in der Übergangsphase zwischen November und Januar bezeichnete, in der schon ein Nachfolger gewählt, aber noch nicht vereidigt war.

Ist Bush also bereits ausgezählt? Signalisiert die Wahl den Beginn eines grundlegenden Politikwechsels? Was ist in den verbleibenden zwei Jahren von Bush und den Demokraten zu erwarten? Wie kann sich die deutsche Politik auf die Entwicklungen in den USA einstellen?

### Inhalt

|                                                           |                |
|-----------------------------------------------------------|----------------|
| <b>1. Keine Trendwende in der US-Politik</b>              | <b>Seite 2</b> |
| <b>2. Erwartungen für die nächsten zwei Jahre</b>         | <b>Seite 3</b> |
| <b>3. Empfehlungen</b>                                    | <b>Seite 4</b> |
| <b>4. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung</b> | <b>Seite 5</b> |

## **1. Keine Trendwende in der US-Politik**

Die neue demokratische Führung des Kongresses wird keinen grundlegenden Politikwechsel durchsetzen können – von einer Marginalisierung Bushs kann daher keine Rede sein. Auch verstärkt das Ergebnis nicht die Wahrscheinlichkeit eines demokratischen Erfolgs bei den nächsten Wahlen. Sechs Gründe untermauern diese Einschätzung:

1. Verluste der Partei des Präsidenten sind bei Zwischenwahlen im sechsten Jahr der Präsidentschaft üblich. Betrachtet man die Ergebnisse der Oppositionspartei bei Wahlen im sechsten Amtsjahr eines Präsidenten seit Ende des Zweiten Weltkriegs, entsprechen die Zugewinne der Demokraten genau dem Durchschnitt. Das Votum des Volkes zeigt also weniger den Wunsch nach tief greifendem Wandel als vielmehr die Ablehnung etablierter Machtstrukturen.
2. Der Vorsprung der Demokraten ist so knapp, dass man nicht von einer Richtungswahl sprechen kann. Über die Machtverteilung im Senat entschieden nur 0,3% der in Virginia abgegebenen Stimmen. Zudem benötigen die Demokraten zur Mehrheit die Stimmen zweier unabhängiger Senatoren – einschließlich des in den Vorwahlen geschassten Joe Lieberman. Auf diesem dünnen Eis lässt sich keine radikale Wende durchführen.
3. Die Zusammensetzung der demokratischen Fraktionen ist heterogen und spannungsreich. Die meisten neugewählten Abgeordneten der Demokraten sind wesentlich konservativer als die Führung um Nancy Pelosi und Harry Reid vermuten lässt. Die innere Zerstrittenheit der Partei zwischen konservativen New Democrats und den progressiven Linken währt seit Jahren und behindert effizientes Handeln.
4. Die Uneinigkeit der Partei verursacht eine umfassende Konzeptlosigkeit. Bei diesen Wahlen profitierten die Demokraten vom Unmut der Wähler über die Situation im Irak und die untätigen, korrupten und selbstzufriedenen Republikaner im Kongress. Eigene Ideen, auf die sich die gesamte Partei einigen kann, sind jedoch Mangelware. Die Demokraten bieten keine neue praktikable Strategie für den Irak, haben keine Reformvorschläge für den Arbeitsmarkt und wissen nicht, wie ihre Vision einer umfassenden Krankenversicherung umzusetzen wäre.
5. Der immer noch mehrheitsfähigen republikanischen „TTV-Strategie“ – terror, taxes, values – haben die Demokraten nichts entgegenzusetzen. Noch immer gelten sie weithin als sicherheitspolitisch schwach und unzuverlässig, als Partei der Steuererhöhungen und der linksliberalen gesellschaftlichen Dekadenz. Für einen Politikwechsel müssten sie sich programmatisch erneuern und eine Position des gemäßigten Liberalismus als Alternative zum republikanischen (Neo-)Konservatismus entwickeln.

6. Die Verfassung gibt dem Präsidenten erheblichen Handlungsspielraum in der Außenpolitik, den der Kongress kaum beschneiden kann. Zudem verfügt Bush über die Veto-Macht, die nur mit 2/3-Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses überstimmt werden kann. Außerdem besitzt das Präsidentenamt eine besondere Autorität, weil über seine Besetzung – im Gegensatz zu den Kongressämtern – vom gesamten Volk entschieden worden ist. Mit dieser Position geht einher, dass die Medien dem Präsidenten eine besondere Bühne bieten (müssen). Ein entschlossener Präsident kann also auch unter den Bedingungen des „divided government“ die Richtlinien amerikanischer Innen- und insbesondere Außenpolitik bestimmen.

## **2. Erwartungen für die nächsten zwei Jahre**

Die Demokraten haben die Führung des Parlaments übernommen, aber aufgrund interner Differenzen, der starken republikanischen Fraktion und der Veto-Option des Präsidenten nur wenige aussichtsreiche Vorhaben. Zu erwarten sind eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit \$5,15 auf höchstens \$7,25 pro Stunde sowie die Einrichtung einiger Untersuchungsausschüsse, die sich mit der undurchsichtigen Entscheidung der Regierung zum Irak-Krieg befassen werden – allerdings ohne rückwärtsgewandt oder rachsüchtig erscheinen zu dürfen.

Außenpolitisch verfügt der Präsident nach wie vor über große Gestaltungsfreiheit, auch wenn sich ein konzilianter Ton in der Auseinandersetzung mit der Opposition einstellen wird. In der Substanz ist jedoch kein Wandel der amerikanischen Außenpolitik zu erwarten. Schon der Wechsel an der Spitze des Pentagon von Donald Rumsfeld zu Robert Gates zeigt an, dass Bush den Krieg gegen den Terrorismus als außenpolitisches Paradigma aufrecht erhält. Ein Rückzug aus dem Irak ist ausgeschlossen, solange sich die politischen Strukturen vor Ort nicht stabilisiert haben. Zu diesem Zweck wird sogar eine deutliche Erhöhung der amerikanischen Truppen wahrscheinlich. Das entspricht einer Forderung, welche die Neokonservativen seit Jahren erheben – ebenso wie ihr Verlangen nach einem Rücktritt Rumsfelds. Die vielbeschworene Mäßigung der US-Außenpolitik, die Rückkehr zum Realismus, findet also nur eingeschränkt statt.

Die gleiche Kontinuität zeichnet sich auch in anderen außenpolitischen Fragen ab. Auf dem NATO-Gipfel in Riga bekräftigte Bush seine Strategie der (nicht notwendigerweise gewaltsamen) Demokratisierung widerständiger Staaten als einziges Mittel zur dauerhaften Überwindung von Terrorismus und religiösem Fanatismus. Konkret bedeutet dies z.B. ein verstärktes Engagement der NATO in Afghanistan, die Entwicklung der NATO zu einem auch beim „state-building“ nützlichen Instrument und die Fortsetzung einer Konfrontation des Irans in der Atom-Frage. Angesichts mangelnder Alternativen in der gegenwärtig verfahrenen Situation und mit Blick auf seinen Platz in den Geschichtsbüchern wird Bush allenfalls eine nuancierte Veränderung seiner bisherigen Politik attraktiv erscheinen – einen Widerruf der Bush-Doktrin wird es

keinesfalls geben, wie auch Bushs zurückhaltende Reaktion auf die Abzugsempfehlung der „Iraq Study Group“ unter Führung James Bakers unterstreicht.

Innen- wie insbesondere außenpolitisch gilt also das Diktum des Parteichefs der Demokraten, Howard Dean: „We are not going to be able to change the policy overnight. That's going to require a new president.“ Die Zwischenwahlen 2006 waren der Auftakt zu den Präsidentschaftswahlen 2008, und Bush und seine Republikaner sehen keinen Grund, von ihrer Politik der Stärke Abstand zu nehmen. Im Gegenteil, die gegenwärtig aussichtsreichsten republikanischen Kandidaten, John McCain und Rudy Giuliani, sind überzeugte Unterstützer des Irakkriegs und des Kriegs gegen den Terror. Vielleicht werden sie, ähnlich wie demokratische Falken wie Hillary Clinton, eine stärker multilateral ausgerichtete Vorgehensweise bevorzugen, aber Ziele und Mittel amerikanischer Außenpolitik werden sich mittelfristig nicht ändern.

### **3. Empfehlung**

Vor diesem Hintergrund lassen sich vier Empfehlungen für die deutsche Politik formulieren.

1. Die deutsche Politik sollte sich auf eine Fortsetzung der amerikanischen Politik der letzten Monate einstellen, da keine der beiden Seiten – weder Bush noch die Demokraten – die Macht und die Ideen zu einem grundlegenden Wandel oder gar einem Neuanfang haben. Die Machtverteilung zwischen Präsident und Kongress ergibt, ungeachtet einiger taktischer Veränderungen, das „Weiter so“ als kleinsten gemeinsamen Nenner.
2. Es wäre fatal, die Qualität der deutsch-amerikanischen Partnerschaft davon abhängig zu machen, welche Partei in Washington die Politik bestimmt. Die weitverbreitete Sehnsucht nach dem „guten Amerika“, die sich mit Hoffnungen auf demokratische Erfolge verknüpft, ist irreführend und verschwendet Energie, die in eine Intensivierung der Zusammenarbeit besser investiert wäre. Wie die Erfolge konservativer Demokraten bei den jüngsten Wahlen zeigen, ist der Linkliberalismus Pelosis, Reids und Deans nicht landesweit mehrheitsfähig. In die Außenpolitik übersetzt bedeutet dies, dass die republikanische Geisteshaltung auch dann nicht verschwindet, wenn Demokraten in der Verantwortung sind. Die Supermacht USA wird weiterhin selbstbewusst ihre Sicherheitsinteressen verfolgen und gegebenenfalls auch im Alleingang den ideologisch-missionarisch konnotierten Kampf gegen den Terrorismus führen. Mit dieser Tatsache müssen sich die deutschen Partner dauerhaft arrangieren, sie ist unabhängig von der Person des Präsidenten.
3. Die innerparteilichen Debatten der Demokraten und Republikaner in den nächsten zwei Jahren müssen aufmerksam verfolgt werden. In den kommenden Monaten werden in beiden Parteien die Grundsteine für die nächste Wahlkampfstrategie

gie gelegt. Wer in welcher Weise in den Konflikten zwischen New Democrats und progressiven Linken bzw. zwischen klassischen realistischen Konservativen und missionarischen Neokonservativen die Oberhand behält, ist noch nicht entschieden und wird die amerikanische Politik für die Post-Bush-Jahre prägen. Je genauer die deutschen Partner diese Entwicklung studieren, desto effektiver können sie sich darauf einstellen und desto eher können sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Gestaltung amerikanischer Politik einwirken.

4. Sollten die Demokraten in Zukunft mehr Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik erlangen, muss sich die deutsche Politik nicht auf weniger, sondern sogar auf zusätzliche Forderungen seitens der USA einstellen. Denn eine demokratische Regierung wird viel stärker als ihre republikanischen Vorgänger das innenpolitische und wahltaktische Interesse haben, die außenpolitischen Kosten und Belastungen zu senken. Daher werden die Ansprüche an die Bündnispartner, einen größeren Anteil der Lasten zu tragen, unter demokratischer Führung steigen, zumal fast alle hochrangigen demokratischen Sicherheitspolitiker die Bedrohungsanalyse der Regierung Bush mit Blick auf den internationalen Terrorismus teilen. Auch wird es in Zukunft eher häufiger als seltener der Fall sein, dass die westliche Sicherheits- und Wertegemeinschaft in ihrem eigenen Interesse gescheiterte Staaten stabilisieren muss. Die Notwendigkeit eines noch stärkeren sicherheitspolitischen Engagements Deutschlands ist kein Produkt der Präsidentschaft Bush, sondern eine Folge der strukturellen Veränderungen in der Weltpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges.

**Patrick Keller** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und am Nordamerikastudienprogramm der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er ist Mitglied im Arbeitskreis junger Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

#### **Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Karl-Heinz Kamp  
Koordinator Sicherheitspolitik  
Klingelhöferstr. 23  
10907 Berlin  
E-Mail: [karl-heinz.kamp@kas.de](mailto:karl-heinz.kamp@kas.de)  
Telefon +49 (0)30 / 26996-3510